
Beschluss A 9

1 **Thema: Die wachsende Universität als Nachbar – Stadträumliche Entwicklung**
2 **der TU Dresden mit stadtweiten Interessen und den Bedürfnissen der Anwoh-**
3 **ner in Einklang bringen**

4
5 **Zur Weiterleitung an die an die SPD-Stadtratsfraktion:**
6

- 7 1. Die SPD Dresden setzt sich auch weiterhin für einen starken Wissenschafts-
8 standort Dresden ein. Hierbei soll die Landeshauptstadt eine aktive, unterstüt-
9 zende Rolle spielen. Neben der TU Dresden sind dabei auch die HTW und die
10 zahlreichen im Dresdner Süden angesiedelten Forschungsinstitute von be-
11 sonderer Bedeutung. Im Bereich der räumlichen Entwicklung sollen ausrei-
12 chend Flächen für den Entwicklungsbedarf der Hochschulen und der Wissen-
13 schaftsbetriebe bereitgestellt werden. Orientierung bieten hierbei die beste-
14 hende Verkehrsinfrastruktur sowie gewachsene Siedlungsstrukturen am
15 Campus.
- 16 2. Die Stadtentwicklung und die Universitätsentwicklung müssen Hand in Hand
17 gehen. Nach Beschluss des Rahmenplans Nr. 791 Südvorstadt Dresden „Bil-
18 dung und Stadt im Dialog“ wird dieser Maßgabe für künftige Planungen. Zum
19 Schutz und zur Abwägung von übergeordneten Gütern wie Klima, Luftqualität
20 und Lärmbelastung sowie der Sicherung von Grün- und Erholungsflächen sind
21 auf dieser Basis konkrete Entwicklungen durch Bebauungspläne zu ordnen.
- 22 3. Die SPD Dresden fordert, dass die Anwohnerinnen und Anwohner bei der wei-
23 teren Entwicklung weiter auf Augenhöhe beteiligt und Ihre Interessen bei den
24 Planungen berücksichtigt werden. Die Wohnqualität ist auch um den Haupt-
25 campus stadtplanerisch zu sichern. Die Landeshauptstadt Dresden soll hierbei
26 eine Moderatorenrolle einnehmen und stadtweite Ziele, Anwohneranliegen
27 und Interessen der Technischen Universität sowie des Freistaates zusammen-
28 führen.
- 29 4. Die Dresdner SPD spricht sich dafür aus, dass die Bebauung des Südhangs
30 als letzte große Freifläche im Dresdner Süden beschränkt wird. Zur Sicherung
31 von Grün- und Erholungsflächen im Stadtteil ist die Idee eines Südparks wei-
32 ter voranzutreiben. Er begrenzt die räumliche Entwicklung der TU in Richtung
33 Süden auf das Plangebiet des Bebauungsplans 393, Räcknitz, Campus Süd.
34 Ideen zur Gestaltung und Nutzung sollen in einer breiten Beteiligung der künf-
35 tigen Nutzerinnen und Nutzer entwickelt werden. Soweit die Flächen verfügbar
36 sind, soll zeitnah mit der Umsetzung der Pläne begonnen und der Südpark
37 tatsächlich geschaffen werden.
-

Beschluss A 9

1 **Begründung:**

2
3 Die Wissenschaftseinrichtungen in der Südvorstadt sind mit etwa 60.000 Angestell-
4 ten und Studierenden und einem über Deutschland hinausragenden Renommee ein
5 Motor der Stadt Dresden. In ihrem Wahlprogramm zur Kommunalwahl stellt die SPD
6 Dresden daher fest: „Dresden wird gewinnen, wenn die Stadt ihre Wissenschaft för-
7 dert“. Im Bereich der Stadtentwicklung bedeutet dies vor allen Dingen, die Anforde-
8 rungen des Wissenschaftsbetriebs zu berücksichtigen und ausreichend Flächen für
9 Einrichtungen bereitzustellen.

10 Anlässlich der erfolgreichen Bewerbung der TU Dresden auf die Exzellenzinitiative
11 wurde die Notwendigkeit gesehen, die weitere Entwicklung in der Südvorstadt und
12 auf dem Campusgelände künftig städtebaulich zu ordnen. Ziele des Rahmenplans
13 sind eine sinnvolle Nachverdichtung, eine Entwicklung der Wissenschaftsstandorte in
14 Richtung Stadtzentrum, Berücksichtigung klimatischer Effekte und ein Campus der
15 kurzen Wege. Im Entwurf des Rahmenplans ist richtigerweise angemerkt, dass auf-
16 grund der hohen, ungeordneten Bautätigkeiten andernfalls sowohl Wohn- wie auch
17 Wissenschaftsbebauung ihren räumlichen Zusammenhalt verlieren. Die TU Dresden
18 rechnet selbst mit einem Flächenbedarf von etwa 44.000qm bis 2020 (Stand April
19 2015). Aufgrund der Fördermittelabhängigkeit kann die Universität jedoch keine ge-
20 naue Langfristplanungen durchführen, was auch einen Grund der bisher ungeordne-
21 ten Entwicklung darstellt.

22 Den unbestritten positiven Effekten und der hohen Bedeutung der Wissenschaft für
23 die Landeshauptstadt stehen lokale negative Effekte gegenüber, von denen sowohl
24 Anwohner als auch Angehörige der Universität betroffen sind. Diese sind

- 25 - Hohe Feinstaubmesswerte an der Messstation Bergstraße
- 26 - Lärmemissionen durch Verkehr, Labore, Bautätigkeit sowie den Universitäts-
27 betrieb
- 28 - eine klimatische Effekte auf die Wohn- und Wissenschaftsgebiete bis zur Rei-
29 chenbachstraße
- 30 - Eine zunehmende Marginalisierung der Wohngebiete auf dem Campus (z.B.
31 Entlang der Zeunerstraße).

32 Die räumliche Erweiterung der Wissenschaftseinrichtungen kann diese Effekte ver-
33 stärken. Verkehrliche Belange sind bereits im Rahmenplan durch Auswahl von Er-
34weiterungsstandorten im ÖPNV-Einzugsgebiet (zukünftige Stadtbahn Zellescher
35 Weg/Nürnberger Straße) sowie Stärkung von umweltfreundlichen Verkehrsträgern
36 und Parkraumbewirtschaftung berücksichtigt. Entsprechend der weiteren Effekte ist
37 ein Planungswerkzeug zu wählen, das Interessen sowie Vor- und Nachteile gegenei-
38 nander abwägt. In der Bauleitplanung steht hierfür der Bebauungsplan zur Verfügung.

Beschluss A 9

1 Insbesondere den Wohngebieten innerhalb der universitär- und wissenschaftlich ge-
2 nutzten Bebauung ist eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Das Miteinander
3 der Nutzung Wohnen und Wissenschaft/Lehrbetrieb birgt Konfliktpotenzial, wie be-
4 reits aufgeführt. Gleichzeitig ist es im Sinne einer Stadt der kurzen Wege und der
5 Durchmischung der Nutzung für eine lebendige Stadt wünschenswert, dieses Mitei-
6 nander beizubehalten und zu stärken. Andernfalls droht ein „toter Stadtteil“ außer-
7 halb der Betriebszeiten von Wissenschaft und Lehre (Semesterferien, Wochenende).
8 Die Interessenskonflikte zwischen Anwohnern und Universität sind durch bessere
9 Kommunikation zu entschärfen. Erweiterungsabsichten können frühzeitig kommuni-
10 ziert, Bautätigkeiten besser koordiniert werden. Auch für sonstige Probleme wün-
11 schen sich Anwohnerinnen und Anwohner Ansprechpartner.

12 Aus der laufenden Erweiterung der Universität entsteht die Gefahr der Zerstückelung
13 und Verinselung von Wohngebieten. Um eine schleichende Abnahme der Wohn-
14 nutzung zu verhindern, soll diese erweitert werden. Um die Vielfältigkeit zu erhalten,
15 muss das Angebot zudem für breite Schichten attraktiv sein und darf nicht nur auf
16 studentische Nutzung abzielen.

17 Eine Moderatorenrolle für die geschilderten Konfliktlagen kann die Stadt übernehmen.
18 Ihr obliegt die Stadt- und Umweltplanung mit der sie gesamtstädtisch abgewogen
19 langfristige Entwicklungsziele verfolgt. In dieser Abwägung muss sie auch die Inte-
20 ressen der Anwohner, wie die Interessen, die sich aus der wirtschaftlichen Bedeu-
21 tung der Universität ergeben, einbeziehen.

22 Eine starke Verbesserung der Lebens- und Aufenthaltsqualität des Kerncampusge-
23 biets erfolgt durch die Sicherung und Entwicklung der Flächen des Südparks. Der
24 Aufstellungsbeschluss für einen Park (Bebauungsplan 40) südlich der Nöthnitzer
25 Straße fiel bereits Anfang der 90er zusammen mit zahlreichen weiteren Aufstel-
26 lungsbeschlüssen „auf Vorrat“. Seitdem liegt das Vorhaben auf Eis. Im Rahmen des
27 Offenlagebeschlusses zum Rahmenplan 791 wurde durch die Vertreter der SPD im
28 Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau erfolgreich die Forderung eingebracht, die
29 Planungen wiederaufzunehmen. Die Flächen befinden sich überwiegend im Eigen-
30 tum der Landeshauptstadt und werden derzeit landwirtschaftlich genutzt. Da hierfür
31 EU-Fördergelder in Anspruch genommen wurden, ist eine Umnutzung vor 2022 mit
32 dem Risiko der Rückzahlung verbunden.

33 Das Ziel eines Südparks ergibt sich aus der Notwendigkeit einer Begrenzung der
34 Bebauung in Richtung Süden. Im Entwurf des Landschaftsplans bildet der Südhang
35 ein Netzknoten für das ökologische Netz. Die Freiflächen an den Hängen sind rele-
36 vant für die klimatische Entlastung der südlich angrenzenden Stadtteile, wie ein Gut-
37 achten des Büros Lohmeyer zu den klimatischen Folgen des Rahmenplans nach-
38 weist. Das hohe Bedürfnis zur Nutzung und Sicherung der Fläche als Park zeigt sich
39 an der Thematisierung in Eingaben der Bürgerinnen und Bürger bei der Online-
40 Bürgerbeteiligung zum Rahmenplan 791.

41
